

## **Antrag**

**der Abgeordneten Franziska Rath, Karl-Heinz Warnholz, Dr. Jens Wolf,  
Jörg Hamann, Wolfhard Ploog (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Damit die Integration gelingt – Deutschkurse für Mütter kleiner Kinder  
und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen in öffentlich-rechtlichen  
Unterkünften möglich machen**

Der Schlüssel für eine gelingende Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt bleibt die Kenntnis der deutschen Sprache. Und auch, wenn das Wissen hierum unumstritten ist, so hapert es leider an der Umsetzung. Dies zeigte nicht zuletzt die vor Kurzem veröffentlichte Nachricht, dass fast die Hälfte der Teilnehmer von Integrationskursen den Deutschtest nicht besteht. Ein wesentlicher Grund ist, dass der Wissensstand der Flüchtlinge äußerst heterogen ist. Natürlich gibt es hier auch den Akademiker mit Kenntnissen in Fremdsprachen, die Gruppe derjenigen, die nur eine geringe Schulbildung mitbringt oder gar in der eigenen Muttersprache Analphabet ist, stellt allerdings die größere Gruppe. Mindestens so bedenklich wie die aktuelle Zwischenbilanz der Integrationskurse ist aber, dass immer noch ein beachtlicher Teil der Flüchtlinge keinen Platz in einem Kurs belegt, weil er entweder nicht anspruchsberechtigt ist oder aus anderen Gründen diesen nicht wahrnehmen kann.

„Aufgrund der sinkenden Zuzugszahlen von Geflüchteten hat sich der Bedarf an Sprachförderangeboten für diese Gruppe gegenüber den Vorjahren quantitativ reduziert“, heißt es in Drs. 21/16647 vom 26. März 2019. Doch hat sich der Bedarf wirklich reduziert, erreicht also das jetzige System die Zielgruppe vollständig? Vor allem Frauen mit kleinen Kindern sind selten in Sprachkursen zu finden. In der Flüchtlingshilfe Engagierte berichten, über Schwierigkeiten bei der Kitaplatzsuche beziehungsweise bereits bei dem Versuch, einen entsprechenden Kitagutschein zu erhalten. Einige öffentlich-rechtliche Unterkünfte (örU) haben zeitweise vor Ort für diese Zielgruppe Sprachkurse inklusive Kinderbetreuung angeboten, doch diese Projekte waren offenbar nur befristet. Dabei profitierten auch gehbehinderte Bewohner der örU, die zwar keine große Gruppe stellen, bisher aber oft unberücksichtigt bleiben, ebenfalls von der Möglichkeit.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit in öffentlich-rechtlichen Unterkünften für Mütter kleiner Kinder Deutschkurse von qualifizierten Dozenten mit dem Ziel der Erlangung eines offiziellen Sprachzertifikats durchgeführt werden können inklusive eines parallellaufenden Kinderbetreuungsangebots in der örU,
2. diese Sprachkursangebote auch für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zu öffnen,
3. der Bürgerschaft bis zum 30. Juni 2019 Bericht zu erstatten.